



**Motion von Martin Pfister und Daniel Grunder
betreffend Überweisung von Interpellationen
vom 27. Oktober 2009**

Die Kantonsräte Martin Pfister und Daniel Grunder, beide Baar, haben am 27. Oktober 2009 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates vorzulegen, wonach Interpellationen neu entweder

- a) durch den Regierungsrat sofort mündlich beantwortet werden (wie bisher) oder
- b) der Kantonsrat in einfachem Mehr die Überweisung von Interpellationen an den Regierungsrat zur schriftlichen Beantwortung beschliessen muss. Wird die Interpellation vom Kantonsrat nicht überwiesen, ist die Interpellation als Kleine Anfrage im Sinne von § 40 Abs. 4 Geschäftsordnung zu behandeln.

Begründung:

Das Recht jedes Kantonsrates vom Regierungsrat über jedwede Angelegenheiten des Kantons Auskunft zu verlangen, ist eines der zentralsten Rechte eines Parlamentariers. Dementsprechend gehört die Interpellation zu den Instrumenten jedes Parlaments, so auch des Zuger Kantonsrates.

In letzter Zeit hat sich die Zahl der eingereichten Interpellationen merklich gesteigert. Immer öfters werden Interpellationen zu Themen eingereicht, welche nicht oder nur sehr weit entfernt Angelegenheiten des Kantons betreffen. Auch diese Interpellationen werden vom Regierungsrat beantwortet und anschliessend im Parlament diskutiert. Die Verwaltung und vor allem auch der Ratsbetrieb werden dadurch unnötig belastet.

Will und kann der Regierungsrat eine Interpellation sofort mündlich beantworten, soll dies auch in Zukunft möglich sein. Will der Regierungsrat eine Interpellation jedoch schriftlich beantworten, ist die Interpellation (analog einer Motion) zunächst vom Kantonsrat an den Regierungsrat zu überweisen. Lehnt der Kantonsrat die Überweisung ab, wird die Interpellation automatisch in eine Kleine Anfrage umgewandelt, wobei die Beratung im Rat entfällt. Dadurch wird einerseits der zentralen Bedeutung des parlamentarischen Auskunftsrechts, andererseits aber auch dem Streben nach parlamentarischer Effizienz Rechnung getragen.